

## 8. Markt statt Mietpreisbremse durchsetzen!

- Mietpreisdeckel für Neu- und Erstvermietungen in laufenden Mietverträgen verhindern!
- Energetische Gebäudesanierung mit Anreizförderung statt ordnungsrechtlicher Zwangsmaßnahmen technologieoffen umsetzen!
- Weitere Anhebung der Mindesteffizienzstandards in der EnEV verhindern!
- Steuerliche Abschreibung bei der energetischen Sanierung stärken!
- Städtebauförderung im gesamten Bundesgebiet erhalten!
- Rechtssicherheit im Maklerrecht erhöhen!

## 9. Fachkräftebedarf sichern, Tarifautonomie stärken, Alterssicherung stabilisieren!

- Fachkräftebasis ausbauen, Beschäftigung von Älteren, Migranten, Bildungsfernen und Frauen erhöhen!
- Tariflichen statt gesetzlichen Mindestlohn verwirklichen (regionen- und branchenspezifisch)!
- Starre Frauenquoten verhindern, Leistung als Maßstab für Stellenbesetzungen erhalten!
- Höheren Hinzuverdienst für vollzeittätige Transferempfänger ermöglichen!
- Beitragszahler entlasten, Fälligkeit von Sozialabgaben auf ursprünglichen Termin zurückverlegen!
- Renteneintrittsalter weiter anheben, flexiblen Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand erleichtern!
- Förderung der eigenverantwortlichen Altersvorsorge ausbauen!

## 10. Qualität, Wirtschaftlichkeit und IT-Effizienz des Gesundheitssystems vorantreiben!

- System aus GKV und PKV weiterentwickeln, Bürgerzwangsversicherung verhindern!
- Investitionsstau in den Krankenhäusern auflösen, einheitliche Finanzierungsverantwortung herstellen!
- Versorgung auch in der Fläche durch Telemedizin sicherstellen!
- Innovationsfeindliche Überregulierungen von Medizintechnik und Arzneimitteln abbauen!
- Prinzip „Rehabilitation vor Rente“ durchsetzen, Budgetierung neu ausrichten!
- Gesetzliche Pflegeversicherung durch mehr Kapitaldeckung zukunftsfest machen!

## 11. Attraktivität des Forschungs- und Innovationsstandorts verbessern!

- Projektförderung durch steuerliche Forschungsförderung ergänzen!
- Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen und Start-ups verbessern!
- Chancen der vierten industriellen Revolution nutzen!
- Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöhen und Fachkräftemangel bekämpfen!
- Geistige Eigentumsrechte schützen!

## 12. Wachstumstreiber Internet entfesseln!

- Ressortübergreifende Digitale Agenda entwickeln!
- Breitbandausbau mit höchster Priorität vorantreiben!
- EU-Datenschutzverordnung bis Frühjahr 2014 verabschieden!
- Weichen für Netzneutralität auf europäischer Ebene stellen und Wettbewerb erhalten!
- Durch Hilfe zur Selbsthilfe gemeinsam für Cybersicherheit sorgen!
- Urheberrecht mit Blick auf die technologische Entwicklung reformieren!
- Zentralen Behördenwegweiser [www.d115.de](http://www.d115.de) mit nutzerfreundlichen Anwendungen schaffen!
- Wirtschaftlichkeit als Kriterium bei IT-Ausschreibungen beachten!

Verantwortlich:

Wolfgang Steiger (Generalsekretär)  
Dr. Rainer Gerding (Bundesgeschäftsführer)

Die ausführlichen Empfehlungen für das Regierungsprogramm 2013-2017 sind abrufbar unter [www.wirtschaftsrat.de](http://www.wirtschaftsrat.de).



Herausgeber:

**Wirtschaftsrat der CDU e.V.**

Luisenstraße 44, 10117 Berlin

Telefon: 0 30 / 2 40 87-0

Telefax: 0 30 / 2 40 87-205

E-Mail: [info@wirtschaftsrat.de](mailto:info@wirtschaftsrat.de)



## Empfehlungen für das Regierungsprogramm 2013-2017

Mut zu einem starken  
Wirtschaftsstandort Deutschland

## Mut zu einem starken Wirtschaftsstandort Deutschland

Mit dem Ausgang der Bundestagswahl haben die Bürgerinnen und Bürger einer leistungsfeindlichen Umverteilung und einer bevormundenden Verbotspolitik eine klare Absage erteilt. Gleichzeitig kann die bürgerliche Regierungskoalition nicht fortgesetzt werden.

Unabhängig davon, welche Regierungskonstellation sich durchsetzt, erwarten die Bürger und Unternehmer dringend überzeugende Antworten auf die geradezu historischen Herausforderungen dieser Legislaturperiode. Nur mit einer stabilen Regierungsmehrheit können die Überwindung der EU-Schuldenkrise, die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende und die demografiefeste Gestaltung unserer sozialen Sicherungssysteme gelingen.

Die Koalitionsvereinbarungen der neuen Bundesregierung entscheiden darüber, ob es mit Deutschland wirklich weiter aufwärts geht und unser Land der Stabilitätsanker in Europa bleibt. Umso wichtiger ist es, dass gerade die Unionsparteien sich auf ihren wirtschaftspolitischen Markenkern besinnen und keine Kompromisse bei der Stärkung des Industriestandortes Deutschland eingehen. Der nächste Koalitionsvertrag muss den Geist der Sozialen Marktwirtschaft glaubhaft in sich tragen.

Gerade unter den neuen politischen Kräfteverhältnissen ist die Politik auf den Sachverstand und die Erfahrung der Wirtschaft dringend angewiesen. Der Wirtschaftsrat ist deshalb wichtiger denn je. Mit breiter und maßgeblicher Unterstützung seiner Fachkommissionen und Expertengremien haben wir die vorliegende Agenda für das Regierungsprogramm entwickelt.

Berlin, im September 2013



Prof. Dr. Kurt J. Lauk  
Präsident



Wolfgang Steiger  
Generalsekretär

### 1. Europa stärken, Abstieg in die Schuldenunion beenden!

- Durch mutige Strukturpolitik Europa wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt geben!
- Schranken im EU-Dienstleistungsmarkt aufheben!
- EU-Finanzhilfen verbindlich an Reformprogramme koppeln!
- Eurobonds und unbeschränkte Gemeinschaftshaftung verhindern!
- Geld- und Fiskalpolitik wieder strikt trennen, EZB-Transparenz stärken!
- Bankenunion ohne Gemeinschaftshaftung durchsetzen!
- Risikogewichtete Kapitalunterlegung von Staatsanleihen und Großkreditgrenzen einführen!
- Finanztransaktionssteuer ablehnen!

### 2. Haushalt konsolidieren, Ausgaben kürzen!

- Föderalismuskommission III einsetzen – Bund-Länder-Finanzen neu ordnen, Finanzausgleich verbessern!
- Mit konsequenter Haushaltskonsolidierung und Subventionsabbau Vorbild für stabilitätsorientierte Finanzpolitik in Europa sein!
- Einhaltung der Schuldenbremse auf Bund- und Länder-Ebene dauerhaft sicherstellen!
- Steuerbürokratie weiter abbauen, Prüfung der Gesetzeskosten ernsthaft umsetzen!
- Mehr Effizienz und Transparenz in Bundes- und Länderhaushalten, E-Government-Potenziale nutzen!

### 3. Steuersystem vereinfachen, Mehrbelastungen verhindern!

- Verschärfungen der Substanzbesteuerung bekämpfen – weder durch Vermögensteuer noch bei Grund- und Erbschaftsteuer!
- Kalte Progression und Mittelstandsbauch in der Einkommensteuer abbauen!
- Gewerbesteuer ersetzen durch Zuschlagsrecht für Kommunen bei der Einkommen-/Körperschaftsteuer!
- Steuerharmonisierung international verstärken, Steuerbetrug nachhaltig bekämpfen!
- Verbindlichen Plan für Abbau des Solidaritätszuschlages festlegen!

### 4. Verstaatlichung auf Kosten des Mittelstands stoppen!

- Überprüfung öffentlicher Beteiligungen konsequent fortführen!
- Rekommunalisierungen, z. B. in der Energie-/Entsorgungswirtschaft, verhindern!

- Potenziale von ÖPP nutzen, Vertragsmodelle mittelstandsgerecht weiterentwickeln!
- Vergaberecht mittelstandsfreundlich gestalten!
- Gleiche Wettbewerbsbedingungen für öffentliche und private Unternehmen herstellen!

### 5. Energiewende auf ein marktwirtschaftliches Fundament stellen!

- EEG-Reform mit verpflichtender Direktvermarktung zügig umsetzen!
- Stromnetzausbau beschleunigen und regulatorische Hürden beseitigen!
- Über Bilanzkreise alle Energieträger miteinander verzahnen und Energy-Only-Markt optimieren!
- Energieeffizienzmärkte statt Verpflichtungssysteme technologieoffen voranbringen!
- Planungssicherheit bei Ausnahmeregelungen für die Industrie schaffen und Zusatzbelastungen verhindern!
- Ausbau der Energienetze und der Erneuerbaren EU-weit abstimmen!

### 6. Neue Balance zwischen Umwelt- und Wirtschaftspolitik schaffen!

- Klimaverhandlungen nur mit international fairer Lastenverteilung fortsetzen!
- Markteingriffe in den EU-Emissionshandel verhindern!
- Verschärfungen europäischer Umweltvorschriften durch nationale Gesetzgebung verhindern!
- Fairen Wettbewerb zwischen kommunalen und privaten Entsorgern in der Kreislaufwirtschaft sicherstellen!
- Produktverantwortung im Kreislaufwirtschaftsgesetz ausweiten: Wertstofftonne flächendeckend einführen!
- Rohstoffversorgung als gesamtstaatliche Aufgabe be-greifen: Transparenz, Wettbewerb, Zugang sicherstellen!

### 7. Investitionsprogramm für Verkehrsinfrastruktur starten!

- Bundesverkehrswegeplan unter Kosten-Nutzen-Aspekten zum Netzplan umbauen!
- Mehr Effizienz in der Verkehrswegefinanzierung durch Überjährigkeit und Zweckbindung der Mittel schaffen!
- Planungssicherheit für die kommunale Verkehrsinfrastruktur herstellen!
- Genehmigungsverfahren beschleunigen, Kostenexplosionen verhindern!
- Luftverkehr in den Bundesverkehrswegeplan aufnehmen, Luftverkehrsteuer abschaffen, Nachtflüge ermöglichen!
- Potenziale der Schiene durch mehr Wettbewerb und Verknüpfung mit transeuropäischen Netzen heben!